

Freie Presse - lebendige Demokratie - Sind die neuen Medien eine Bedrohung oder eine Bereicherung?

Von Tim Kunad, Jahrgang 12

Printmedien, Massenmedien, soziale Medien. Alles Medien. Medien, die uns beeinflussen. Medien, die uns jeden Tag in Anspruch nehmen. Aber während Print- und Massenmedien weitgehend als sinnvolle bis unentbehrliche Ergänzung einer Gewaltenteilung angesehen werden, stellen soziale Medien für viele Leute eine Gefahr dar. Stimmungsmache und gefährliches Halbwissen macht sich innerhalb von sogenannten Filterblasen breit, bis sie zu einem riesigen *Clustereinerlei* verschwimmen, in dem es unmöglich wird, Realität und Illusion voneinander zu unterscheiden. Holocaustleugnern, Anarchisten und sonstigen Radikalen werden Plattformen geboten, um zu missionieren - Leute für die eigene Sache zu gewinnen. Stellen die sozialen Medien tatsächlich eine Gefahr für die funktionale Demokratie dar? Oder sind sie nicht doch eine sinnvolle Ergänzung?

Zunächst einmal muss man klären, warum die eine Art von Medien unbestreitbar sinnvoll ist und die andere kontrovers diskutiert wird. Die einfache Antwort ist: Geld. Es bedarf Geld eine Rundfunklizenz zu erwerben. Es bedarf Geld x-Mal eine mehrseitige Zeitschrift zu drucken. Es bedarf *allerdings kein Geld sich auf Instagram vor den eigenen Followern medial zu inszenieren und die eigene, hungrige Filterblase mit neuen „alternativen Fakten“ zu füttern*. Durch die sozialen Medien kann nun jeder sich auf dem virtuellen Marktplatz auf eine Kiste stellen und *seine ideologischen Ideen, seien sie auch noch so abgedreht*, kundtun. Er wird mit Sicherheit mindestens einen finden, der ihm beipflichtet. Sollte man allen Bürgern, ungefiltert, weiterhin diese Möglichkeit lassen?

Dagegen spricht, dass es Menschen gibt, deren Inhalte verfassungswidrig und menschenrechtsverletzend sind. Internetfiguren wie Timm Kellner oder die vulgäre Analyse, welche fordert „man hätte das Flüchtlingslager in Lesbos doch bitte nicht löschen sollen“ oder Videos in denen regelmäßig der Koran verbrannt wird und man dabei auf dem Koran Würstchen grillt, sind Negativbeispiele von rechtsextremen Personen, die im Internet eine sechsstellige Zahl an

Followern hinter sich versammelt haben. Auch Linksextreme Beispiele haben Kanäle, die Inhalte produzieren, die sich definitiv nicht mit Art. 1 des GG vereinbaren lassen.

Außerdem ist das Internet, durch all seine Anonymität und Schnellebigkeit sehr einladend, für solche, die gerne das Gesetz brechen wollen. Todesdrohungen oder ungewollte Nacktbilder werden im Internet sehr viel schneller verschickt, als es im echten Leben passieren würde. Auch eventuelle Regelungen wie eine „Klarnamenpflicht“ würden diesem Treiben wohl kaum ein Ende bereiten.

Für die sozialen Medien spricht jedoch eben jene Möglichkeit, die vorhin noch verteufelt wurde - das jedem ein Sprachrohr gegeben wird. Das Internet gibt Menschen, die in unterdrückerten und autoritären Regimen leben, eine Möglichkeit ihr Leiden zu teilen. Alexei Nawalny hätte niemals eine derartig riesige Anhängerschaft bekommen, wenn er nicht seinen YouTube-Kanal hätte. Auch über Greta Thunberg und ihren Aktivismus erfuhren viele Leute über Instagram, was es der „Fridays for Future“-Bewegung erlaubte, aus der Anonymität zu einer weltweiten Bewegung zu werden und große, weit sichtbare Wellen zu schlagen. Nicht zuletzt: der Arabische Frühling, eine Reihe an Protesten in Ländern des Nahen Ostens, welche zu großen Teilen über Blogs und Foren im Internet organisiert wurden. Was ist demokratischer, als jedem die Möglichkeit zu geben, seine Meinung frei zu äußern, mit der Gewissheit, er findet Gehör bei anderen? Was ist gefährlicher für die Demokratie, als jedem die Möglichkeit zu geben, seine Meinung frei zu äußern, mit der Gewissheit er findet Gehör bei anderen?

Wie man diesen Gegensatz auflöst?

Das Internet und mein eigenes Handeln darin muss genauso rechtliche Konsequenzen haben, wie mein Handeln in der realen Welt. Hierfür muss man die Seiten zur Verantwortung ziehen. Wenn ihre Terms of Service nicht mit dem deutschen Recht vereinbar sind, dann sollten sie nun einmal nicht auf deutschem Boden aufrufbar sein. Natürlich gibt es Menschen, die über Applikationen wie eine VPN sich nichtsdestotrotz Zugang zu solchen Seiten verschaffen können und werden, aber in diesem Moment liegt die Verantwortung nicht mehr bei der Webseite, da hier der VPN-Inhaber aktiv nach einem Schlupfloch sucht, um weiterhin verfassungsfeindliche Aussagen oder Texte zu tätigen.

Ebenfalls sollte es keine Klarnamenpflicht im Internet geben, jedoch sollte man beim Registrieren auf Webseiten den eigenen Namen auf dieser Webseite hinterlegen müssen. So gewähr-

leistet man dem Einzelnen Schutz und sorgt gleichzeitig dafür, dass all jene, die die Anonymität des Internets zu missbrauchen gedenken, für ihre Straftaten zur Rechenschaft gezogen werden können.

Fazit: Das Internet bietet viele Chancen für freie Meinungsäußerung, für das Aufmerksam machen auf Missstände und für die Organisation von Widerstand gegen Diktaturen. Leider stellt diese Freiheit auch eine Gefahr dar, wenn all jene, die ihre Meinung nicht in der Öffentlichkeit äußern wollen, da sie sich mit Konsequenzen rechnen müssten, meinen, sie im Internet ungefiltert und anonym preisgeben zu können.

Ob die Demokratie tatsächlich von einem Mittzwanziger mit Animeprofilbild, der eine Bande von 15 Jährigen hinter sich versammelt hat, gefährdet ist, steht auf einem anderen Blatt, jedoch ist die Problematik nichtsdestotrotz nicht zu leugnen. Deshalb ist es notwendig, das Internet nicht zu einen rechtsfreien Raum verkommen zu lassen, sondern mit wenigen, jedoch wirksamen Beschränkungen dem einzelnen Benutzer Freiheit und der Gemeinschaft Sicherheit zu verschaffen.